

Zeit für ein Update des Schulsystems

von Oscar Fuchs | Taz | 04.03.21

Die Berliner Initiative „Keine Schule ohne Feminismus“ fordert eine Reform des Schulsystems. Schüler:innen üben Kritik an fehlender Geschlechtergerechtigkeit in Lehrplänen und im Unterricht. Offener Brief an Bildungssenatorin Scheeres und Bundesbildungsministerin

„Es gibt Sexismus, auch an dieser Schule“, steht in Großbuchstaben auf einem Zettel an der Tafel. Daneben verteilt sind sexistische Entgleisungen zu lesen, von denen Schüler:innen einer Berliner Schule berichten. Dazu gehören Kommentare und Aktionen sowohl von Lehrern als auch von Schülern (*siehe Foto*). Mit dieser Aktion protestierte die Gruppe „Keine Schule ohne Feminismus“ (KSOF) schon im vergangenen November gegen Sexismus im Schulalltag.

„Seit der Wall of Shame hat sich aber nicht viel verändert“, erklärt Greta von KSOF. Unter anderem mit ihren Mitschülerinnen Jara und Laura hat die Elftklässlerin daher einen offenen Brief verfasst. Pünktlich zum Frauenkampftag sollen die Forderungen veröffentlicht und an Bundesbildungsministerin Karliczek (CDU) und die Berliner Bildungssenatorin Scheeres (SPD) geschickt werden. FLINTA*, also Frauen, Lesben, Intersexuelle-Nonbinary-Trans- und Agender-Personen, seien im deutschen Schulsystem unterrepräsentiert, heißt es darin. Die Aktivist:innen fordern eine Überarbeitung des Schulsystems für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Gefordert wird eine Anpassung der Lehrpläne auf Bundesebene. Geschlechtergerechter Unterricht könne nicht länger von guten Lehrkräften abhängig sein, sondern müsse institutionell verankert werden, heißt es im offenen Brief. Dabei konzentriert die Initiative sich vor allem auf die Fächer Biologie, Geschichte, Politik, Philosophie und Deutsch.

Ein Problem sehen die Aktivist:innen besonders in der sexuellen Aufklärung. Der Biologieunterricht etwa sei zu heteronormativ orientiert. Liebe und Sex werde zu häufig auf Beziehungen zwischen Männern und Frauen reduziert. Für ein realistischeres Bild der Gesellschaft sei es notwendig, vielfältige Formen von Sexualität und Liebe zu vermitteln. Gleichgeschlechtliche Sexualität im Unterricht zu behandeln, ist im Berliner Rahmenlehrplan dabei eigentlich schon verankert.

Eine Information über sexuelle Identitäten wünscht die Gruppe sich auch von externen Stellen. So könne man vermeiden, dass dieselben Lehrer:innen, die sie benoten, Einblicke in die Intimsphäre der Schüler:innen bekommen, erklärt Aktivistin Laura.

Es mangle zudem an einer Aufklärung über die „Anatomie von Menschen mit Uterus“, heißt es in dem Brief weiter. Es fange dabei an, dass Kindern keine akkuraten Begriffe für das weibliche Geschlechtsorgan vermittelt würden. Insgesamt fehle es an Informationen über die „Lust von Menschen mit Vulvina“. Greta von KSOF kritisiert: „Der männliche Orgasmus wird

im Unterricht thematisiert, der weibliche allerdings nicht.“ Zudem fehle es an Informationen zu klitoraler Stimulation, denn Sex bestehe nicht nur aus vaginaler Penetration. Der Berliner Lehrplan sieht zwar vor, „auch sexuelles Erleben und sexuelle Verhaltensweisen“ zu reflektieren. Konkret wird aber nicht benannt, ob das verschiedene Arten der Stimulation mit einschließt, wie es die Initiative fordert.

Geschlechtergerechter Unterricht müsse institutionell verankert werden

Die Gruppe kritisiert zudem eine eurozentristische Perspektive im Unterricht. Im Geschichtsunterricht würde etwa der Kolonialismus zu wenig behandelt, beispielsweise der Völkermord an Herero und Nama. Viele Schüler:innen würden sich den Stoff zwar selbst aneignen, aber in ihrem Unterricht sei das Thema noch nicht vorgekommen, erklärt Jara. Der Berliner Lehrplan sieht das Thema „Europäische Expansion und Kolonialismus“ bisher als Wahlmodul für die Jahrgangsstufen sieben bis acht vor. Zudem sei auch der Völkermord an Herero und Nama im Lehrplan verankert, erklärt ein Sprecher der Senatsbildungsverwaltung auf taz-Anfrage.

Im Politik – und Philosophieunterricht liege der Fokus zu sehr auf einer Ideengeschichte der großen Männer, kritisiert die Gruppe. Neben Rousseau und Hobbes sollen demnach auch Theoretikerinnen wie Hannah Arendt behandelt werden. Aus der eigenen Schulerfahrung berichtet Laura, dass eine Lehrerin, mit der Forderung konfrontiert, keine relevante Autorin nennen konnte: „Dabei hat sie das doch studiert. Ich finde bei einer Internetrecherche gleich mehrere Autorinnen“, kritisiert sie.

Angelehnt hat die Initiative ihren Namen an „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Gefragt, ob sie sich bald auch bundesweit organisieren wollen, erklärt Laura: „Die Organisation ist in der Pandemie gerade besonders anstrengend.“ Während der Unterricht sich ohnehin online abspielt, trifft sich die Gruppe vor allem über Videomeetings: „Wenn die Pandemie dann hoffentlich irgendwann vorbei ist, werden wir uns auch in Person mehr organisieren“, erklärt Greta. Angedacht ist dann möglicherweise ein größeres Bündnis in Berlin zu bilden.

Quelle: <https://taz.de/!5750859/>